

1 **Antrag zur Landesmitgliederversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion**
2 **Hamburg am 15. Oktober 2025**

3
4
5 **Antragstitel:**

6
7 Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig machen: Wege zu einer
8 zukunftsfähigen Mitbestimmung
9

10 **Antragstellerin:**

11
12 Laura Dieball, MIT-Kreisverband Hamburg-Nord
13

14 **Begründung:**

15
16 Betriebsräte spielen eine zentrale Rolle in deutschen Unternehmen. Sie vertreten
17 Arbeitnehmerinteressen und sorgen für Mitbestimmung bei wichtigen Themen wie etwa
18 Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz. Damit können sie ein
19 wichtiges Instrument sein, um soziale Gerechtigkeit und Fairness im Arbeitsalltag zu
20 gewährleisten.
21

22 Unternehmen stehen heute vor großen Herausforderungen wie Digitalisierung,
23 Fachkräftemangel und globalem Wettbewerb. Um darauf flexibel reagieren zu können,
24 brauchen sie mehr Gestaltungsspielräume, etwa bei der Einführung neuer Technologien,
25 der Anpassung von Arbeitsprozessen oder der Entwicklung innovativer
26 Geschäftsmodelle. Werden Entscheidungen jedoch durch zu umfangreiche
27 Mitbestimmungsrechte verzögert oder blockiert, kann das die Geschwindigkeit einer
28 Weiterentwicklung zu stark einschränken. Dies führt dazu, dass Unternehmen im
29 internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.
30

31 Klar ist: Mehr unternehmerische Freiheit zu haben, bedeutet für Unternehmen oft auch
32 bessere Chancen, Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Wer es ernst damit meint, den
33 Wirtschaftsstandort Deutschland wieder nach vorne zu bringen, steht auch in der
34 Verantwortung, für klare Verhältnisse in der Mitbestimmung und der Schaffung der
35 nötigen Spielräume für die Unternehmen zu sorgen.
36

37 Das Betriebsverfassungsgesetz in seiner heutigen Form bietet zu viele Möglichkeiten,
38 durch eine Blockadehaltung im Betriebsrat Modernisierungsprozesse bei Arbeitgebern
39 aufzuhalten. Insbesondere bei der Einführung neuer Software kann es zu jahrelangen
40 Verzögerungen kommen. Diese Instrumente bieten zudem erhebliches
41 Missbrauchspotenzial zulasten von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Dies kostet
42 wertvolle Zeit und Ressourcen, die im Wettbewerb mit anderen Ländern dringend
43 benötigt werden. So gerät Deutschland weiter ins Hintertreffen.
44

45 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass der Bundesrat am 11. Juli 2025 die
46 Bundesregierung zur Überarbeitung des Betriebsverfassungsgesetzes aufgefordert hat.
47 Im Rahmen der Überarbeitung des Betriebsverfassungsgesetzes müssen dabei vor
48 allem die folgenden Punkte umgesetzt werden:

49
50 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**
51

- 52 1. **Eingeschränkte Mitbestimmung bei Zukunftsthemen und klarer Abgrenzung**
53 **der Mitbestimmung:** Die Mitbestimmung von Betriebsräten soll sich wieder
54 stärker auf klassische Arbeitnehmerbelange (z. B. Kündigungen, Löhne,
55 Gesundheitsschutz) konzentrieren, während strategische Fragen der
56 Unternehmensentwicklung (z. B. Standortentscheidungen, Investitionen) stärker
57 in die alleinige Verantwortung der Geschäftsführung fallen. Die Einführung neuer
58 Technologie und Software darf nicht grundsätzlich der Mitbestimmung
59 unterliegen. Insbesondere Mitbestimmungspflichten in Bereichen wie
60 Technologieeinführung, IT-Systeme oder Arbeitsorganisation sollen reduziert
61 oder aufgehoben werden, um Innovationen schneller umsetzen zu können. Es
62 darf nicht mehr jede neue Software-Einführung Blockademöglichkeiten bieten.
63 2. **Klare Transparenz des Wirkungsbereichs des Betriebsverfassungsgesetzes:**
64 Mitbestimmungsrechte müssen klarer definiert werden, um zeitraubende
65 Diskussionen und Gerichtsverfahren möglichst zu verhindern.
66 3. **Beschleunigte Entscheidungsprozesse:** Verbindliche Fristen für den Betriebsrat
67 bei Stellungnahmen und Verhandlungen sorgen dafür, wieder Planbarkeit
68 herzustellen. Projekte wie etwa die Digitalisierung von Geschäftsprozessen oder
69 die Einführung von neuen Geschäftsmodellen dürfen nicht durch lange Verfahren
70 von Seiten des Betriebsrates verzögert werden können.
71 4. **Differenzierte Mitbestimmung nach Unternehmensgröße:** Kleine und
72 mittelständische Unternehmen (KMU) sollten weniger strengen
73 Mitbestimmungsaufgaben unterliegen, um administrative Hürden zu verringern.
74 5. **Schutz vor Blockadehaltung:** Betriebsräte sollen zwar weiterhin Einspruch
75 erheben können, dieser soll die Vorhaben des Unternehmens aber nicht
76 automatisch stoppen. Die Umsetzung muss etwa während parallel geführter
77 Schlichtungsverfahren weiter voranschreiten dürfen.
78
79

80 Weiterer Antragsweg: Landesparteitag der CDU Hamburg